

Kleindienst setzt auf Althaus

Unsere Hoffnung ist, dass Herr Althaus auch hier etwas tut.

Wolfgang KleindienstSchlagabtausch über Straßenausbaubeiträge Pößneck (OTZ/mko). Der gegenwärtige Pößnecker Stadtrat, der noch bis 30. Juni 2009 im Amt ist, wird es vielleicht nicht mehr schaffen, die für nichtig erklärte städtische Straßenausbausatzung mit einer neuen zu ersetzen. Das stellte Alf-H. Borchardt (FDP/FW) in der Sitzung am Donnerstag in den Raum. Für einen Teil des Stadtrates dürfte das ein Grund zur Freude sein, obwohl die thüringischen Kommunen nach wie vor verpflichtet seien, Straßenausbaubeiträge zu erheben, wie Bürgermeister Michael Modde (FW) in einer Erklärung feststellte.

Für die Birso war das Urteil des Verwaltungsgerichtes Gera, das die Straßenausbausatzung zu Fall brachte (OTZ vom 21. November), eine "Sternstunde", gab Wolfgang Kleindienst, Chef der Bürgerinitiative, zu Protokoll. Überraschender war, dass er ein Fan der im Freistaat allein regierenden Christdemokraten ist. "Unsere Hoffnung liegt in der CDU", sagte er. Kleindienst setzt darauf, dass Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) zur Landtagswahl im nächsten Jahr - wie schon 2004 mit der Abschaffung der Wasserbeiträge - eine Lösung bei den Straßenausbaubeiträgen als Wahlgeschenk anbietet. Borchardt teilte indes seinen Eindruck, dass es nicht danach aussehen würde, dass diese Beiträge in Thüringen generell abgeschafft werden sollen.

Die Diskussion entbrannte am Rande eines Antrages der Linken, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Pößneck bis zum Inkrafttreten angekündigter neuer landesgesetzlichen Regelungen auszusetzen. Obwohl eine Erhebung solcher Beiträge auf Grund der Nichtigkeit der hiesigen Satzung gar nicht mehr in Frage komme, hielt die PDS an dem Antrag fest, weil er noch vor dem Urteil verfasst worden sei und weil davon ein Signal an die Landesregierung ausgehen sollte, so die Vorstellung von Constanze Truschzinski. Fritz Kleine hatte u. a. die in Thüringen übliche Koppelung von Straßenbau-Fördermitteln an die Erhebung von Beiträgen kritisiert, aber auch erkannt, dass die in den 90ern in Pößneck eingeführten wiederkehrenden Beiträge "die gerechtere und bezahlbare Lösung" seien. Genau das wollte Modde mit dem aktuellen Beispiel der Straße Am Friedhof nachweisen, wo die privaten Eigentümer der anliegenden Grundstücke bei einmaligen Beiträgen wahrscheinlich ab 1000 und bis zu knapp 29 000 Euro zahlen müssten, bei wiederkehrenden zumindest kurzfristig wohl deutlich weniger. Das sei ein "ganz dummes Beispiel", konterte Kleindienst, der wiederkehrende Beiträge als "Steuer bis ans Lebensende" geißelte und die Bürgermeister-Erklärung insgesamt als Versuch der Einschüchterung wertete. Die Mehrheit im Stadtrat konnte den Argumenten von Birso und PDS jedoch nicht folgen, so dass der Antrag der Linken durchfiel.

"Der Ehrliche ist nicht der Dumme!", hatte Modde u. a. vor dem Hintergrund versichert, dass die meisten Pößnecker ihre Beiträge stets gezahlt hätten. Er ging davon aus, dass es nach der Aushebelung der bisherigen Satzung für die Bürger künftig teurer werde, und warnte davor, die "schwierige Situation" mit "Demagogie und gezielter Verunsicherung anzuheizen".

Zwischendurch hatte sich Dieter Teichmann (FDP/FW) Kleindienst vorgeknöpft. Dieser führe sich bei den Beiträgen wie Robin Hood auf, verliere aber kein Wort über die Preispolitik seines Arbeitgebers, des Strom- und Gasversorgers Eon, wunderte sich Teichmann. Er sei nicht berechtigt, sich über seine Firma zu äußern, redete sich Kleindienst heraus. Außerdem würden an den Eon-Gewinnen "Städte wie Triptis und Krölpa" partizipieren.

28.11.2008